

Kommissionen müssen informieren

Der Nunninger Gemeinderat beschaffte sich am Montagabend mit dem Öffentlichkeitsprinzip. Neu müssen auch die Kommissionen ihre Beschlüsse öffentlich publizieren.

Nunningen. ser. «Was wir in der Gemeinde bereits leben, wird nun auch gesetzlich verankert», sagte Gemeindepräsident Kuno Gasser am Montagabend an der Nunninger Gemeinderatssitzung. Zur Diskussion stand die Umsetzung des Öffentlichkeitsprinzips. Da auf den ersten Juli im Kanton Solothurn das neue Informations- und Datenschutzgesetz in Kraft tritt, müssen die einzelnen Gemeinden ihre Gemeindeordnungen anpassen. Gemeinderat Rainer Fringeli hat für Nunningen ein entsprechendes Leitbild erarbeitet. Zentral ist die aktive Information der Bevölkerung. Neben dem Zugang zu amtlichen Dokumenten und der öffentlichen Gemeinderatssitzung, an der jeder Einwohner und jede Einwohnerin teilnehmen können, muss die Bevölkerung neu auch über Beschlüsse der einzelnen Kommissionen informiert werden. «Sobald die Beschlüsse von öffentlichem Interesse sind, müssen diese im Dorfblatt oder auf der gemeindeeigenen Internetseite publiziert werden», erklärte Fringeli. Was von öffentlichem Interesse ist, wurde am Montagabend nicht näher definiert. Gemeindeschreiber Reto Stebler regte an, den Kommissionen ein Merkblatt mit Richtlinien zu verteilen. Bezüglich des Datenschutzes ist die Gemeinde zudem verpflichtet, ihre Datensammlung zu dokumentieren. Jeder Bürger kann, sofern er dies wünscht, erfahren, welche Daten auf der Gemeindeverwaltung über ihn existieren.

Die Diskussion um den Zivilschutz dauert an

Erneut zur Sprache kam am Montagabend die künftige Organisation des Zivilschutzes. Nachdem sich die Gilgenberger Gemeinden gegen einen Zivilschutzverbund Thierstein ausgesprochen haben und auch künftig ihre eigene Zivilschutzorganisation beibehalten wollen (die BaZ berichtete), bekräftigte der Gemeinderat seinen Standpunkt. Mit dem geplanten Zivilschutzverbund im Thierstein seien die gemeinnützigen Einsätze in den Gilgenberger Gemeinden in Frage gestellt. Im Weiteren bestehe die Gefahr einer Abhängigkeit von den Lüsseltaler Gemeinden. Nicht einverstanden zeigte sich der Rat auch mit den künftigen Kosten. Es sei nicht klar ersichtlich, ob die Verbundlösung zur Kostensenkung beitrage. Bei jeder Sitzung würden andere Zahlen präsentiert. Dies sei nicht glaubwürdig, kritisierte der zuständige Gemeinderat Beat Dietler. Dass die Zivilschutzorganisation Gilgenberg mit einem Einzugsgebiet von 4563 Einwohnern zu klein ist, um alleine existieren zu können, wurde am Montagabend bestritten. Der Kanton könne Ausnahmen bewilligen. Es müsse ein entsprechendes Gesuch eingereicht werden, erklärte Kuno Gasser. Im Rahmen der Zivilschutzreform 2003 müssen gemäss Kanton grundsätzlich Zivilschutzorganisationen mit einem Einzugsgebiet von mindestens 6000 Einwohnern gegründet werden. Der geplante Zivilschutzverbund Thierstein sollte 12 293 Einwohner umfassen, ohne die Gilgenberger Gemeinden kommt der Verbund noch auf deren 7730. Gemäss Gasser wird das weitere Vorgehen an der nächsten Ammännerkonferenz diskutiert.

Dorffest auf gutem Weg

Erneut Diskussionen löste das geplante Dorffest anlässlich des 850. Geburtstages der Gemeinde aus. Nicht alle Ratsmitglieder gewichten den Anlass des Festes gleich stark. Während für einige das Jubiläum im Zentrum des Festes steht, messen andere der Geselligkeit mehr Bedeutung zu. Angeregt wurde auch, das Fest als Plattform zu nutzen, um sich als Gemeinde zu präsentieren. Einig waren sich die Gemeinderäte über den offiziellen Teil des Festes vom kommenden August. Mit einem Festakt und der Jungbürgerfeier soll der Anlass einen feierlichen Rahmen erhalten. Zum Festprogramm und den einzelnen Beizen wollte Gemeinderat Hannes Häner, der im OK mitwirkt, noch nichts sagen. Die Vorbereitungen dazu würden aber auf Hochtouren laufen. Bereits sei die Beizenzuordnung erstellt und eine Festzeitung in Planung.